

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Otto-von-Guericke-Straße 65 · 39104 Magdeburg

An
Vanessa Knigge
Studierendenrätekonferenz Sachsen-Anhalt
c/o Studierendenrat der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Universitätsplatz 7
06108 Halle (Saale)

Landesverband Sachsen-Anhalt

Susan Sziborra-Seidlitz
Landesvorsitzende

Dennis Helmich
Landesvorsitzender

Landesgeschäftsstelle
Otto-von-Guericke-Straße 65
39104 Magdeburg

Tel.: +49 391 4015 539
Mail: info@gruene-lsa.de

Magdeburg, 26. Juni 2026

Antworten auf Ihre Wahlprüfsteine

Sehr geehrter Frau Knigge,

vielen Dank für die Übersendung der Wahlprüfsteine der Studierendenrätekonferenz Sachsen-Anhalt. Unsere Antworten lauten wie folgt:

1. Erhalt der verfassten Studierendenschaften und studentischer Selbstverwaltung

Wie positioniert sich Ihre Partei zum dauerhaften Erhalt der verfassten Studierendenschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts? Bitte erläutern Sie gegebenenfalls:

- *Erhalt der bestehenden Rechtsform*
- *Eigenständigkeit studentischer Vertretungen*
- *Gesetzgeberischen Änderungsbedarf*

Wir Grüne stehen zur aktuell gültigen Regelung des § 65 HSG LSA, nach der Studierendenschaften rechtsfähige Körperschaften des öffentlichen Rechts sind. Forderungen zu ihrer Abschaffung, wie bspw. von der rechtsextremen AfD, lehnen wir zutiefst ab. Die Studierendenschaften sind mit ihren vielfältigen Gremien Ausdruck gelebter studentischer Selbstverwaltung und Hochschuldemokratie, die es politisch wie rechtlich zu schützen gilt. Anhörungsrechte für Studierendenvertretungen wollen wir gesetzlich verankern. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die Studierendenrätekonferenz eine Körperschaft werden kann.

2. Demokratische Mitbestimmung an Hochschulen

Welche Rolle soll studentische Mitbestimmung an Hochschulen künftig in Sachsen-Anhalt spielen? Bitte nehmen Sie gegebenenfalls Stellung zu:

- *Beteiligungsrechte in Hochschulgremien*
- *Förderung studentischen Engagements*
- *Demokratische Beteiligungsformate*

Für uns Grüne ist die Stärkung der demokratischen Teilhabe insbesondere von Studierenden an Hochschulen und Universitäten ein wichtiges Anliegen. Wir wollen dafür das Hochschulgesetz verändern und dadurch ermöglichen, dass es studentische Prorektor*innen

an den Hochschulen im Land gibt, die zwischen dem Rektorat und der Studierendenschaft vermitteln. Außerdem wollen wir die Viertelparität einführen, damit alle Statusgruppen im Senat gleichberechtigt vertreten sind und ein entsprechendes Stimmrecht haben.

3. Soziale Lage und Studienfinanzierung

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die soziale und finanzielle Situation von Studierenden in Sachsen-Anhalt zu verbessern? Bitte erläutern Sie gegebenenfalls:

- *Landesprogramme und Zuschüsse*
- *Unterstützung internationaler Studierender*
- *Sozialfonds und Härtefallregelungen*

Wir kämpfen dafür, dass der Zugang zum Studium und die Chance auf Bildung unabhängig von der finanziellen Situation werden. Studiengebühren lehnen wir aus diesem Grund kategorisch ab. Auch die Zweitstudiengebühren an unseren Hochschulen und Universitäten sollen abgeschafft werden. Studentische Praktika, egal ob freiwillig oder verpflichtender Bestandteil des Studiums, sollen vergütet werden. Damit alle Menschen unabhängig von Herkunft oder sozialem Hintergrund die gleichen Chancen auf ein Studium haben, fordern wir einen Ausbau der Beratungs- und Unterstützungsangebote für Erstakademiker*innen, Studierende mit Migrationsgeschichte und Studierende aus einkommensschwachen Haushalten.

Die Grünen setzen sich kontinuierlich für eine Reform des BAföGs ein. Dabei wollen wir unter anderem erreichen, dass der Grundsatz des BAföGs angehoben wird auf das Grundsicherungsniveau. Ebenfalls fordern wir Grünen, dass die Wohnkosten dynamisch an das regionale Mietniveau nach den Stufen der Wohngeldverordnung angepasst werden. Ebenfalls kämpfen wir dafür, dass eine Ausbildungskostenpauschale in Höhe von 100 Euro für Fachbücher, digitale Geräte und andere Ausbildungsmittel eingeführt wird. Wir wollen, dass mehr Studierende Zugang zum BAföG erhalten, weswegen wir die Einkommenspauschalen für Eltern, Partner*innen, etc. um 10 Prozent anheben wollen. Perspektivisch wollen wir das BAföG elternunabhängig gestalten. Damit alle Menschen unabhängig von Herkunft oder sozialem Hintergrund die gleichen Chancen auf ein Studium haben, fordern wir einen Ausbau der Beratungs- und Unterstützungsangebote für Erstakademiker*innen, Studierende mit Migrationsgeschichte und Studierende aus einkommensschwachen Haushalten.

4. Studentischer Wohnraum

Wie möchte Ihre Partei bezahlbaren Wohnraum für Studierende in Sachsen-Anhalt ausbauen? Bitte beziehen Sie gegebenenfalls Stellung zu:

- *Neubau und Sanierung von Wohnheimen*
- *Finanzierung der Studierendenwerke*
- *Kooperationen mit Kommunen*

Wir wollen den Wohnheimbau erheblich ausbauen, indem wir das Programm „Junges Wohnen“ praxistauglicher gestalten werden. Förderbedingungen werden vereinfacht, damit Mittel schneller und unkomplizierter abgerufen werden können. Ergänzend setzen wir auf Mietendeckel, um steigende Mieten und Nebenkosten für alle Studierenden abzufedern, denn auch der private Wohnungsmarkt muss für Studierende erschwinglich bleiben. Die Arbeit der Studierendenwerke sichern wir verlässlich, damit Wohnheime, Mensen, Kinderbetreuung und psychosoziale Beratung bedarfsgerecht und bezahlbar zur Verfügung

stehen. Wir setzen uns zudem auf Bundesebene für eine Bafög-Reform ein, sodass insgesamt mehr finanzielle Mittel für Studierende zur Verfügung stehen.

Wir wollen Kommunen aktiv dabei unterstützen, eigene Bauprojekte anzugehen und gemeinschaftliche Wohnformen wie Genossenschaften, Mehrgenerationenwohnen und Miethausprojekte zu fördern, von denen auch Studierende direkt profitieren. Sozialen Wohnungsbau wollen wir stärken und die bereitgestellten Bundesmittel konsequent in Sachsen-Anhalt nutzbar machen. Kommunen sollen dabei als verlässliche Partner der Studierendenwerke auftreten.

5. Mobilität und Semesterticket

Wie will Ihre Partei langfristig bezahlbare Mobilität für Studierende sichern? Bitte erläutern Sie gegebenenfalls:

- *Preisstabilität beim Semesterticket*
- *Landeszuschüsse*
- *Alternative Finanzierungsmodelle*
- *Verhältnis zum Deutschlandticket*

Wir wollen den Preis des Deutschlandsemestertickets auf 19 Euro pro Monat senken und uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das Deutschlandsemesterticket bei einem Preisanstieg des Deutschlandtickets nicht mehr automatisch mit erhöht wird. Für Studierende ohne Zugang zum Deutschlandsemesterticket wollen wir ein 19 Euro-Sozialticket schaffen, welches ebenfalls für Auszubildende, Freiwilligendienstleistende und Rentner*innen zur Verfügung steht.

6. Hochschulfinanzierung und Zukunft der Hochschulstandorte

Wie möchte Ihre Partei die Hochschulen in Sachsen-Anhalt langfristig absichern? Bitte nehmen Sie gegebenenfalls Stellung zu:

- *Grundfinanzierung*
- *Drittmittelabhängigkeit*
- *Regionale Hochschulstandorte*
- *Hochschulentwicklungsplanung*

Ausgaben in Wissenschaft, Forschung und Innovation sind Zukunftsinvestitionen. Hochschulen mit wissenschaftlichem, gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Impact brauchen eine solide finanzielle Grundlage und Planungssicherheit. Daher erhöhen wir Grüne die Grundfinanzierung des Landes für Hochschulen weiter. Bundesmittel aus dem Zukunftsvertrag Studium und Lehre sollen vollständig an die Hochschulen weitergereicht werden.

Drittmittel für Universitäten sind keine grundsätzlich abzulehnende Finanzierungsquelle. Aber die Wissenschaft nimmt derzeit massiven Schaden durch eine zu große Abhängigkeit von Drittmittelprojekten.

Wir Grüne stehen zu den regionalen Hochschulstandorten und sprechen uns für deren Erhalt aus.

7. Arbeitsbedingungen und studentischer Tarifvertrag

Welche Maßnahmen unterstützt Ihre Partei zur Verbesserung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen an Hochschulen in Sachsen-Anhalt, insbesondere für wissenschaftliche Mitarbeitende und studentische Beschäftigte? Setzt sich Ihre Partei auf

Landesebene und innerhalb der Tarifgemeinschaft deutscher Länder für tarifliche Regelungen für studentische Beschäftigte ein? Bitte erläutern Sie gegebenenfalls:

- *Dauerstellenprogramme*
- *Umgang mit Befristungen*
- *Arbeitsbedingungen studentischer Beschäftigter*
- *Studentischer Tarifvertrag (TVStud)*
- *Fachkräftebindung*

Wir Grüne setzen uns für einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TV-Stud) ein, der angemessene Löhne, Mindestvertragslaufzeiten und Mitbestimmungsrechte garantiert. Wir setzen uns für mehr Dauerstellen für Daueraufgaben an unseren Universitäten und Hochschulen ein, insbesondere im akademischen Mittelbau. Um Karrierewege in der Wissenschaft zu stärken, weiten wir das Tenure-Track-Programm aus, sodass Nachwuchswissenschaftler*innen frühzeitig die Aussicht auf eine Professur erhalten. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Novelle des WissZeitVG ein. Um alternative Karrierepfade zu ermöglichen, wollen wir langfristig mehr Dauerstellen unterhalb der Professur schaffen und unterstützen die Hochschulen in der Errichtung von Department-Strukturen, beispielsweise durch Anpassung rechtlicher Rahmenbedingungen.

8. Studierendenwerke, Infrastruktur und Digitalisierung

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Stärkung der sozialen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen des Studiums? Bitte nehmen Sie gegebenenfalls Stellung zu:

- Finanzierung der Studierendenwerke
- Psychosoziale Beratungsangebote
- Sanierungen und Neubauten
- Lernräume und Aufenthaltsflächen
- Digitale Ausstattung
- Software- und Lizenzangebote
- Barrierefreiheit und digitale Barrierefreiheit

Wir Grüne werden uns in den Verhandlungen zum Landeshaushalt dafür einsetzen, dass die Studierendenwerke vom Land eine auskömmliche Finanzierung erhalten. Wir sichern damit die Arbeit der Studierendenwerke, damit Wohnheime, Mensen, Kinderbetreuung und psychosoziale Beratung bedarfsgerecht und bezahlbar zur Verfügung stehen.

Hochschulen müssen für alle zugänglich sein. Wir Grüne verpflichten sie deshalb, bauliche Barrierefreiheit und digitale Zugänglichkeit sicherzustellen. Studienangebote wie Teilzeit- und Fernstudium bauen wir aus, damit Studierende mit Familienverantwortung, Behinderungen oder im Beruf flexibel studieren können.

Wir setzen uns dafür ein, dass freie und quelloffene Software (Open-Source) an Schulen, Hochschulen, in öffentlichen Institutionen und der Verwaltung eingesetzt werden. Open-Source-Software erhöht die Datensouveränität und Sicherheit, kann Kosten bei öffentlichen Beschaffungsmaßnahmen senken und erleichtert den Austausch von Wissen und Daten.

9. Antidiskriminierung und Demokratieschutz

Welche Maßnahmen möchte Ihre Partei ergreifen, um demokratische Kultur und den Schutz vor menschenfeindlichen und demokratiegefährdenden Einflussnahmen an Hochschulen in Sachsen-Anhalt zu stärken? Bitte nehmen Sie gegebenenfalls Stellung zu:

- Demokratische Beteiligung und politische Bildung

- Schutz betroffener Studierender
- Antidiskriminierungs Strukturen
- Unterstützung studentischer Initiativen
- Umgang mit Angriffen auf die studentische Selbstverwaltung


Ausführungen zur Stärkung demokratischer Beteiligung an Hochschulen finden Sie bei Frage 2.

Wir verteidigen studentische Initiativen und hochschulpolitische Gruppen mit klarer Haltung gegen Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie, die sich insbesondere durch rechtsextreme Kräfte in den letzten Jahren intensiviert haben, wie die Forderung der rechtsextremen AfD nach der Abschaffung der Studierendenschaften zeigte. Diese Forderung lehnen wir klar ab. In Magdeburg machen wir uns bspw. für studentisch selbstverwaltete Räume wie das in:takt stark. Solche Räume müssen immer wieder um eine auskömmliche Finanzierung bangen. Wir wollen sie dabei unterstützen und den Erhalt absichern.

Wir fordern ein Landesantidiskriminierungsgesetz, das die Hochschule als öffentlich-rechtliche Bildungsträger mit einbezieht und so den heute bereits geltenden Schutz für Studierende und Mitarbeitende nach dem Hochschulgesetz Sachsen-Anhalt im Umfang und in der Durchsetzung der eigenen Rechte deutlich stärkt.

Wir hoffen, Ihnen und Ihren Mitgliedern mit diesen Antworten weitergeholfen zu haben.

Mit freundlichen Grüßen


Susan Sziborra-Seidlitz
Landesvorsitzende


Dennis Helmich
Landesvorsitzender